Neues vom Büchermarkt

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **10 (1953)**

Heft 5

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Buchbesprechungen

Wirtschaftliche, organisatorische und finanzielle Probleme des Wasserbaues und des Meliorationswesens. Von *Egon Barocka;* I. Band: Wirtschaftliche Probleme; 1113 S. Text; 35 Abb. und 6 Tab.; Verlag von R. Oldenbourg, München 1953.

Während die Technik des Wasserbaues und der Bodenverbesserung (Melioration) eine eingehende Darstellung erfahren hat und der wissenschaftliche Fortschritt auf diesem Gebiet in Zeitschriften fortlaufende Bearbeitung findet, sind die wirtschaftlichen, organisatorischen und finanziellen Probleme des Wasserbaues und des Meliorationswesens noch nicht in umfassender Weise kritisch und systematisch bearbeitet worden. Einzelne Abhandlungen beschränken sich auf die Untersuchung wirtschaftlicher Probleme von Zweigen der Wasserwirtschaft, Kommentare zu einschlägigen Gesetzen bringen Hinweise zu organisatorischen und finanziellen Fragen. Die Fachzeitschriften der Wasserwirtschaft und des Meliorationswesens beherrschen technische Fragenstellungen und nehmen zu wirtschaftswissenschaftlichen, organisatorischen, kredit- und finanzwirtschaftlichen Fragen nur selten Stellung. Es fehlt jedoch ein grundlegendes wirtschaftliches Werk, das die gesamte Wasserwirtschaft und das Meliorationswesen einschliesst, das auch die Abhängigkeit der einzelnen Wasserwirtschafts- und Meliorationszweige voneinander und von der übrigen Wirtschaft aufzeigt und das der Wasserwirtschaft und dem Meliorationswesen den ihnen gebührenden Platz in der Gesamtwirtschaft zuweist. In Fachkreisen und staatlichen Aufsichtsbehörden wurde dieser Mangel immer stärker empfunden. Das vorliegende Werk sucht nun diesem Mangel abzuhelfen.

Ein einleitender historischer Abschnitt berichtet, unter besonderer Berücksichtigung von Deutschland, über die Entwicklung von Wasserbau, Wasserwirtschaft und Landeskultur von ihren Anfängen im Altertum über die Epoche der Völkerwanderung, das Zeitalter des Absolutismus, des Liberalismus und Protektionismus, die Zwischenkriegszeit bis zur neuesten Nachkriegszeit. Der erste Hauptteil, welcher die allgemeine Wirtschaftslehre des Wasserbaues und des Meliorationswesens zum Thema hat, behandelt unter anderem die wirtschaftlichen Auswirkungen von Wasserbauten und Meliorationen; er untersucht die grundsätzlichen Bedingungen zur Ermittlung der Rentabilität von Wasserbau- und Meliorationsunternehmungen; er informiert auch über die Anforderungen an die Planung und Ausführung von Wasserbau- und Meliorationsmassnahmen vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit und zieht dabei auch die gebräuchlichen Entwurfs- und Finanzierungsunterlagen zu Rate: Vorentwurf mit Kostenüberschlag, endgültiger Bauentwurf, Kostenanschlag, Arbeitsplan, Rentabilitätsberechnung, Finanzierungsplan, Beteiligtenverzeichnis, Verbands-, Gemeinde- und Betriebssatzungen, Betriebspläne, Beitrags- und Gebührenordnungen, Haushaltplan, Jahresrechnung, Bestand- und Vermögensnachweis, Schuldenübersicht und Rückständeverzeichnis.

Der zweite Teil ist der angewandten Wirtschaftslehre des Wasserbaues und des Meliorationswesens gewidmet, wobei in einem 1. Abschnitt die ertragssteigernd wirkenden Wasserbauten und Meliorationen, z. B. die Bodenentwässerung, die Bodenbewässerung, Grünlandmeliorationen, Moor- und Oedlandkultivierungen, wie auch die Neulandgewinnung, die Bodenbemergelung und sonstige landwirtschaftliche Meliorationen (Ueberschlickung, Kolmation usw.), forstwirtschaftliche und sonstige Meliorationen (Wildbachverbauungen, fischereiwirtschaftliche Sanierungen usw.) miteinbezogen sind. Unter die im zweiten Abschnitt als schadenverhütend und wertsichernd wirkenden Wasserbauten fallen u. a. Flussregulierungen, Eindeichungen und sonstige flussbauliche Massnahmen, sodann natürliche und künstliche Vorflutbeschaffungen, Kläranlagen und Ortsentwässerungen. In einem dritten Abschnitt studiert der Autor die produktionskostensenkend und produktionssichernd wirkenden Wasserbauten und Meliorationen, so z. B. Wasserversorgungsanlagen, Wasserkraftanlagen, Flusskanalisierungen und Kanalbauten, Grundstückzusammenlegungen und Wegebauten. — Schlussendlich werden auch Wasserbauten mit verschiedenen Nutzwirkungen nicht vergessen, was speziell auf Talsperren und sonstige künstliche Speicherbecken Anwendung findet. Ein Anhang mit Tabellen über die Preisentwicklung einiger wichtiger Baustoffe und über die Entwicklung des Baukostenindexes nach Kostengruppen, ein reichhaltiges Literaturverzeichnis sowie ein sorgfältig ausgeführtes Sach- und Namensverzeichnis beschliessen das Werk.

Einer Mitteilung am Ende des Buches ist zu entnehmen, dass der zweite Band des Werkes, mit etwa 800 Seiten Text Ende 1954 publiziert werden wird, wobei organisatorische und finanzielle Probleme zur Sprache kommen werden. Unter dem organisatorischen Aspekt reiht der Verfasser folgende Fragenkomplexe ein: Die Initiative zur Ausführung von Wasserbau- und Meliorationsunternehmen mit mehreren Beteiligten; die Bedeutung der Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Wasserbaues und des Meliorationswesens; wirtschaftliche und rechtliche Formen der Träger von Wasserbau- und Meliorationsunternehmen; u. a. m. *Vg.*

Neues vom Büchermarkt

Organisation und Gegenwartsprobleme der Landesplanung in England. Von *Hans-Joachim Gaede;* Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung Bonn, H. 17; 58 S. Text; 12 Abb.; (als Manuskript vervielfältigt); Bad Godesberg, März 1953.

Die rasche Industrialisierung im Laufe des 19. Jahrhunderts bewirkte eine zunehmende Konzentration der Bevölkerung an den hauptsächlich rohstofforientierten Standorten. Dieser Vorgang wiederholte sich in allen europäischen Industrieländern und hatte daher weitgehend gleichlaufende Auswirkungen auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Im frühindustriellen England waren neben den Rohstoffvorkommen — hauptsächlich Kohle und Erze — die leistungsfähigen Seehäfen als Umschlagsplätze für Rohstoffeinfuhren die bevorzugten Ansatzpunkte dieser neuen Industrien. Durch ihren grossen Bedarf an Arbeitskräften wurden sie der Anlass zu einer während Jahrzehnten anhaltenden Binnenwanderung aus ländlichen Bezirken nach den industriellen Schwerpunktsgebieten.

Als Besonderheit gegenüber einer ähnlichen Entwicklung in anderen Ländern konnten in England die im Zuge der Industrieansiedlung notwendig werdenden neuen Wohnbauten in ihrer Mehrzahl nicht im Anschluss an bereits bestehende organisch gewachsene und wirtschaftlich leistungsfähige Siedlungszentren errichtet werden. Die rasch emporschiessenden «viktorianischen» Industriestädte waren daher nicht das Ergebnis einer vorausschauenden und den Lebensbedürfnissen der Wohnbevölkerung entsprechenden städtebaulichen Planung, sondern im Gegenteil wildwachsende, strukturell und sozial einseitige Massierungen von Menschen, die alle natürlichen Beziehungen zu Grund und Boden weitgehend verloren hatten.

Der für derartige Siedlungen beanspruchte Boden galt in der damaligen Wirtschaftsepoche als Spekulationsobjekt, über das der Eigentümer nach Belieben und ohne jede Beschränkung verfügen konnte, eine Auffassung, die keineswegs auf England beschränkt war. Im Zuge des allmählich ansteigenden Lebensstandards auch der Arbeitnehmer in den Industriegebieten wurde daher die Forderung nach gesunden, der Luft und Sonne zugänglichen, aufgelockerten Wohnverhältnissen mit immer stärker werdendem Nachdruck gestellt.

In England führte dieser Kampf gegen die rein materialistische Auffassung von Grund und Boden bereits in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zur praktischen Verwirklichung von Reformvorschlägen und schliesslich zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu der bekannten Gartenstadtbewegung.

Diese Reformversuche waren beachtliche Ansätze zu einer neuen, von sozialem Verantwortungsgefühl getragenen Baugesinnung; sie konnten sich aber zunächst nur schrittweise durchsetzen, die Städteballungen beherrschten nach wie vor das Gesicht der Industrielandschaften.

Beschränkte sich die englische Landesplanung vorerst auf die Behandlung einzelner städtebaulicher Probleme, so gewinnt sie später, besonders im Zuge des Wiederaufbaues nach dem Zweiten Weltkrieg, eine überragende Stellung durch Koordinierung der sich vielfach überschneidenden und überlagernden Landinanspruchnahmen im Rahmen einer übergeordneten und umfassenden Raumplanung. Die heutige Landesplanung in England, obwohl nicht frei von organisatorischen Mängeln, ist fest in den Verwaltungsaufbau des Landes eingefügt und besitzt in einem eigenen Ministerium eine koordinierende Zentralstelle und darüber hinaus eine erstaunlich weitgehende Landesplanungsgesetzgebung.

Im Zeichen der heutigen europäischen Integrationsbestrebungen erscheint es u. E. verdienstvoll, dass diese Entwicklung auch vom Ausland her, von einem Mitarbeiter des deutschen Instituts für Raumforschung in Bonn, einer eingehenden Untersuchung unterzogen wurde. Das vorliegende Werk gliedert sich in drei Hauptabschnitte: Die geschichtliche Entwicklung der Landesplanung in England; die Organisation der englischen Landesplanung; Gegenwartsprobleme der englischen Landesplanung. Besonderes Interesse verdient dieser letzte Abschnitt: Das Problem der Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche berücksichtigt u. a. Fragen der Baulandbeschaffung für den Wohnungsbau, der Auswirkungen des Abbaues von Bodenschätzen, des Landbedarfs für militärische Zwecke und für die Rüstungsindustrie. Die industrielle Standortsplanung richtet ihr Augenmerk besonders auf Massnahmen zur wirtschaftlichen Förderung und strukturellen Festigung der Entwicklungsgebiete (development areas). Ein weiterer Faktor ist die Auflockerung der großstädtischen Bevölkerungsballungen und der Bau der neuen Städte. Schlussendlich darf auch der «Amenity»-Faktor und die Gestaltung der Nationalparks nicht ausser acht gelassen werden.

Wiewohl im Rahmen der vorliegenden Arbeit nur die wesentlichsten Raumordnungsprobleme herausgegriffen werden konnten, ergibt sich doch ein für alle westeuropäischen Staaten mit grosser Bevölkerungsdichte analoger Fragenkomplex der Raumnutzung und Raumgestaltung. Das Besondere der englischen Landesplanungsarbeit ist die umfassende Rechtsgrundlage, die ohne Vorbild und nur aus der Erkenntnis der Notwendigkeit landesplanerischer Massnahmen heraus geschaffen wurde.

Der Bevölkerungsausgleich im Rheingaukreis. Gutachten der Bezirksplanungsstelle des Regierungspräsidenten in Wiesbaden; bearbeitet von *Friedrich Breiter;* 26 S. Text; 9 Pläne, 4 Tab.; hrg. v. Kreisausschuss Rüdesheim, April 1953.

Durch die Aufnahme der Heimatvertriebenen und Evakuierten hat sich die Bevölkerung des deutschen Rheingaukreises gegenüber 1939 um rund 17 000 Personen erhöht, die von den 24 kreisangehörigen Gemeinden absorbiert werden mussten. Schon bald zeigte sich aber, dass eine schematische Verteilung der Flüchtlinge und Evakuierten auf alle Gemeinden falsch gewesen wäre, weil nicht in allen Gemeinden die Voraussetzungen bestanden, um der vermehrten Bevölkerung eine gesicherte Existenzgrundlage zu bieten. Die Gemeinden sind durch die Zuweisung der Heimatvertriebenen und Evakuierten nicht in gesunder und organischer Weise gewachsen. Es ist nun von eminenter Wichtigkeit, die wirtschaftliche Struktur so zu korrigieren, dass aus der unorganischen Entwicklung eine organische werde. Zu diesem Zweck hat die Bezirksplanungsstelle des Regierungspräsidenten in Wiesbaden eine Untersuchung der Verhältnisse im Rheingaukreis vorgenommen, deren Ergebnisse in vorliegendem Heft zusammengestellt sind. Die dabei erzielten Resultate sollen Anhaltspunkte dafür abgeben, in welchem Ausmass und welcher Richtung Massnahmen im Rheingau durchgeführt werden müssen, um der heutigen vermehrten Bevölkerung Existenzgrundlagen am Wohnort oder in dessen unmittelbarer Nähe zu schaffen. Soweit der Rheingaukreis dafür keine Voraussetzungen bietet, scheinen Umsiedlungen, notfalls auch ausserhalb des Rheingaukreises, nicht zu umgehen sein.

Die Problemstellungen, denen sich diese westdeutschen Bezirksamtstellen gegenüber sehen, sind ähnlicher Natur, wie wir sie auch bei uns in der Schweiz antreffen. An erster Stelle der verschiedenartigen Raumordnungspläne stehen heute diejenigen, die sich mit der zukünftigen Verteilung des Menschen im Raum, d. h. mit dem Bevölkerungsausgleich, beschäftigen. Daneben gehört es zum Wesen jeder landesplanerischen Tätigkeit, alle Dinge, mit denen sie sich befasst, vom Raum in geographischer Hinsicht, zu betrachten. Teilräume nach ihrer wirtschaftlichen Struktur und Tragfähigkeit sind ebenfalls nicht zu vernachlässigen. Der rechnerische Wohnraumbedarf der einzelnen Gemeinde, die tägliche Pendelwanderung der Arbeitnehmer, das Raumzeit- und Raumkostensystem, sodann der Bevölkerungsausgleich, die Entwicklung der Wirtschaft sind Faktoren, die auch schweizerischen Planern viel Wissenswertes bieten werden. *Vg.*

Rund um die Planung

Nachbarn planen

Eine Kleinstadt im Kanton Aargau liess sich einen Zonenplan erstellen. Darin hatte der Bearbeiter ein von einer Strassengabelung gebildetes Geländedreieck als Freigebiet vorgesehen, um damit die Freisicht vor allem auf der stark befahrenen Hauptstrasse zu gewährleisten. Dagegen erhob sich vorerst keinerlei Einspruch. Dem Zonenplan war jedoch noch keine Rechtskraft erwachsen, hatte doch inzwischen der Gemeinderat gewechselt, wobei der neue Gemeinderat, wie das so üblich ist, die noch nicht beendeten Werke des alten zuerst etwas auf die hintere Bank schob. Inzwischen meldete sich eine Benzingesellschaft, die auf dem bereits erwähnten Geländedreieck unbedingt eine Tankstelle mit gewerblicher Garage errichten wollte. In Eile wurde ein Teilzonenplan aufgelegt, dem indessen die Bürgerschaft die Genehmigung versagte. Und zwar tat sie es deshalb, weil sie fürchtete, das Landdreieck mit ungefähr 14 000 Franken erwerben zu müssen. Nach dieser Abfuhr hätte die Gesellschaft bauen können, wenn nicht die Nachbarn gewesen wären. Sie brachten das Geld auf, um die bedrohte Landfläche zu kaufen, was sie auch umgehend taten. Und sie erklärten nun ihrerseits das Grundstück zur Freifläche. Womit die Story endet.

Das Volk plant

Eisenbahnbarrieren sind ein Anblick nicht für Götter, wohl aber für Automobilisten, und zwar ein ungefreuter. In dieser Beziehung hat sich Baden, die Bäder- und Industriestadt an der Limmat, einen besondern Ruf erworben. Hier ist nicht nur ein Uebergang einer sehr stark befahrenen Strasse über eine ebenfalls hochfrequentierte Eisenbahnlinie vorhanden, sondern es sind gerade zwei, und wer beim ersten offene Barrieren antraf, hat die neckische Chance, vor dem zweiten einen ungewollten, gelegentlich längern Halt einschieben zu müssen. Besonders krass sind die Stauungen, die morgens, mittags und abends auftreten, zu Zeiten, wo sich zum ohnehin starken Durchgangsverkehr noch der Arbeitsverkehr von und zu Brown Boveri hinzugesellt. Der Bürgerschaft ist nun ein Projekt unterbreitet worden, das wohl den Durchgangsverkehr aus dem Stadtkörper entfernt, hingegen den Innerortsverkehr beim alten lässt. Das Projekt wurde abgelehnt. Das Volk will eine bleibende Lösung. Eine solche ist aber nur zu erreichen, wenn nicht ein einzelnes Teilproblem herausgepickt wird. Die Forderung nach Gesamtplänen ist einmal mehr bekräftigt worden.